

Großes Interesse bei Bioenergie

Mit der Neuregelung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) haben sich die Rahmenbedingungen geändert, die insbesondere bei Biomasseanlagen zu verstärkter Investitionstätigkeit führten. Bei den Photovoltaikanlagen lösten die drastisch gefallenen Modulpreise einen „Run“ aus.

Im Biogassektor wurde wegen des Güllebonus ein „Boom“ beim Bau von kleinen Gülleanlagen in der Größenordnung 190 kW erwartet. Es stellt sich aber heraus, dass wegen des großen Fermentervolumens ein (zu) hoher Wärmebedarf für das Beheizen des Fermenters besteht. Der Trend geht zurzeit in Richtung 300 bis 500 kW - Anlagen. In Niedersachsen werden zum Jahresende mehr als 800 Biogasanlagen in Betrieb sein.

Um die Abwärme optimal zu nutzen, besteht ein Trend zu so genannten „Satelliten - BHKW“. Das Rohbiogas wird zu einer Wärmesenke geführt und dort verstromt. Dies ist bei größeren Entfernungen immer die effizientere Maßnahme, als die Wärme über Leitungen zu transportieren.

Der Emissionsminderungsbonus beinhaltet wegen der unklaren rechtlichen Voraussetzungen große Anwendungsschwierigkeiten und Unsicherheiten. Es hat sich herauskristalliert, dass in Anlehnung an den Beschluss der Landesarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz vom September 2008 bei Einhaltung von 40 mg/m³ Formaldehyd der Bonus gezahlt wird.

Die Umweltgutachter spielen nach dem neuen EEG eine größere Rolle. Sie haben unter anderem Wärmekonzepte und den Einsatz von Gülle zu begutachten. Schwierigkeiten bestehen darin, dass nicht hinreichend Gutachter verfügbar sind. Auch Sachkenntnisse sind nicht ausreichend vorhanden.

Wie geht es weiter? Für Neuanlagen wird vermutlich der NawaRo - Bonus angefasst werden. Der Fachausschuss für regenerative Energien im Landvolk Niedersachsen hält die Beibehaltung der jetzigen Bonushöhe für unauslässlich. Allerdings sollten zusätzliche Anreize für den Einsatz pflanzlicher Nebenprodukte geschaffen werden. Insbesondere muss der Güllebonus vom NawaRo - Bonus abgekoppelt werden, sodass nicht zwangsläufig „NawaRos“ eingesetzt werden müssen, um für die gesamte Strommenge den Bonus zu erhalten.

Erhebliche Bedeutung wird die Gaseinspeisung bekommen. Wo eine Wärmenutzung nicht möglich ist, kommt die Einspeisung in Betracht. Die Politik strebt bis zum Jahr 2020 die Einspeisung von 6 Milliarden m³ (1.400 Anlagen der Größe von 500 Nm³ Rohbiogas) und bis 2030 von 10 Milliarden m³ (weitere 900 Anlagen der Größe von 500 Nm³ Rohbiogas) an. Landwirte sollten sich entsprechend ihres Substratlieferumfangs an der Biogas- und Aufbereitungsanlage beteiligen.

Obwohl die Vergütungssätze für solare Strahlungsenergie erheblich gesenkt worden sind, ist die Nachfrage nach PV - Modulen deutlich gestiegen. Ursache sind Preissenkungen von mehr als 30 %. In der 2. Jahreshälfte ist es zu Lieferengpässen gekommen. Freiflächenanlagen stoßen auf ein immer größeres Interesse. Bedenklich ist allerdings, dass die EEG - Vergütungssätze nur für ehemaliges Acker-

land gewährt werden. Die Vorstellungen der neuen Koalition gehen dahin, Freiflächenanlagen auf versiegelten und vorbelasteten Flächen prioritär zu fördern. Die Vergütung von Freiflächen sollte mindestens 6 % der Einspeisevergütung ausmachen. Die den Eigentümern angebotenen Vergütungssätze liegen weit darunter und sollten nicht akzeptiert werden!

Auch im Windkraftbereich besteht großes Investitionsinteresse, wenngleich die Standorte aufgrund der kommunalen Planungen bereits sehr dezimiert sind. Immer wieder erweisen sich Flächennutzungspläne als fehlerhaft, weshalb dann die Privilegierung von Einzelanlagen im Außenbereich wieder auflebt.

Aufgrund der stark gefallenen Kraftstoffpreise und der höheren Energiesteuersätze auf Biodiesel, ist der „freie“ Kraftstoffmarkt weitgehend zum Erliegen gekommen. Hier zeichnet sich jedoch eine Entspannung ab. Die neue Regierung will die Steuersätze deutlich reduzieren. Hilfe ist natürlich immer gut, für viele kommt sie allerdings zu spät. Die Kraftstoffe zweiter Generation lassen auf sich warten. Man mag darüber spekulieren, ob tatsächlich nur technische Gründe dafür ursächlich sind. Vermutlich passen die Verfahren auch aus ökonomischen Gründen nicht in die Landschaft. Als lukrativer Treibstoff rückt zunehmend Biogas in den Fokus. Pro Flächeneinheit ist Biogas der „ertrag-



Harald Wedemeyer
Referent
für Bioenergie



Für die energetische Nutzung bleibt auch Holz weiter gut gefragt.



Erhebliche Bedeutung wird die Gaseinspeisung bekommen.

reichste“ Treibstoff. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die verstärkten Initiativen, Gaseinspeisungsprojekte zu realisieren.

Die EU sieht Nachhaltigkeitskriterien in der Richtlinie für Erneuerbare Energien für Biokraftstoffe und flüssige Brennstoffe vor. Diese beinhalten die Einhaltung von Cross Compliance Vorgaben für den Biomasseanbau in Europa und von spezifischen umweltschutzrechtlichen Standards. Zudem werden Vorgaben für die Minderung von Treibhausgasen gemacht, die sowohl hinsichtlich des Anbaus der entsprechenden Kultur als auch hinsichtlich des jeweiligen Produktionsverfahrens differenzieren. National sind diese Regelungen in zwei Nachhaltigkeitsverordnungen umgesetzt worden.

Als Erfolg verbucht das Landvolk Niedersachsen, dass für landwirtschaftliche Betriebe keine Pflicht zur Zertifizierung aufgenommen wurde. Mit Argusaugen beobachtet der Verband Bestrebungen, einschränkende Voraussetzungen für den Anbau von „NawaRos“ im Sinne des EEG festzulegen. Zudem besteht Sorge, dass zusätzliche Kriterien für die Nahrungsmittelproduktion festgelegt werden.

Aus Vorsorge vor zukünftigen Rohstoffengpässen sukzessive, hat die Bundesregierung Biomasseaktionspläne für den Bereich der energetischen und der stofflichen Nutzung verfasst. Hier geht es vor allem um Ressourcen für eine effiziente, ökologische und

ökonomische Nutzung von Biomasse. Hieraus wird mittel- und langfristig eine deutliche Marktentlastung resultieren. Die Politik möchte zudem frühzeitig auf künftige Engpassituationen reagieren können.

Die Landesregierung nimmt sich der Frage des Klimaschutz an. Als beratendes Gremium wurde 2008 eine Klimaschutzkommission eingerichtet, die Vorschläge zum Klimaschutz in Niedersachsen unterbreiten soll. Das Landvolk Niedersachsen ist in die Arbeit der Regierungskommission unmittelbar eingebunden. In verschiedenen Arbeitskreisen werden dafür die Grundlagen erarbeitet. Flankiert wird das Ganze durch unterschiedliche wissenschaftliche Aktivitäten niedersächsischer Forschungseinrichtungen. Der landwirtschaftliche Sektor wird im Arbeitskreis Klimafolgenanpassung behandelt. Möglichkeiten der Treibhausgas - Reduktion sollen im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie ermittelt und bewertet werden. Konkrete Ergebnisse wird es frühestens 2010 geben. Im Zusammenhang mit der Kohleverstromung und dem sich daraus ergebenden Konflikt mit dem Klimaschutz spielt „CCS“ (Carbon Capture & Storage) eine zunehmende Rolle. Es handelt sich um eine Abscheidung des CO₂ bei der Kohleverbrennung und dessen Speicherung in unterirdischen Gesteinsschichten. Die unterirdische Lagerung stößt in der Bevölkerung auf erhebliche Skepsis. Das Landvolk Niedersachsen teilt die Vorbehalte insbesondere wegen der ungeklärten Risiken und der fehlenden Rechtsgrundlagen. Erst wenn wissenschaftlich erwiesen ist, dass die CO₂-Speicherung geringe oder keine Konsequenzen haben wird, kann die Landwirtschaft sich dieser Technologie gegenüber aufgeschlossener zeigen.

Ökolandbau weiter auf Wachstumskurs

Trotz globaler Wirtschaftskrise und Konsumzurückhaltung entwickelt sich die Biobranche weiter positiv. Es werden je nach Produktgruppe und Einkaufsstätte weiterhin Mengen- bzw. Umsatzsteigerungen gemeldet oder eine Konsolidierung auf dem Niveau, das im Zuge des „Booms“ der vergangenen Jahre erreicht wurde.



Christine Hoppe
Referentin für
Ökolandbau

Der Ökolandbau ist auf Bundes- und Landesebene ebenfalls gestiegen, jedoch kann er die Nachfrage nach Frischeprodukten und Rohstoffen für die Verarbeitung bei weitem nicht gedecken. Es werden immer mehr Bioprodukte aus dem Ausland importiert. Damit ist ein Verlust potenzieller heimischer Wertschöpfung verbunden, es ist ökologisch nicht sinnvoll und bringt zudem Kontroll- und Zertifizierungsprobleme mit sich. Eine Steigerung des regionalen bzw. nationalen Ökolandbaus wäre äußerst wünschenswert.

Die Buchführungsergebnisse vieler Bio-Betriebe sprechen ebenfalls für den Ökolandbau: Nach den Auswertungen des BMELV-Testbetriebsnetzes haben ökologisch wirtschaftende Haupterwerbsbetriebe 2007/08 Gewinn

erzielt, die um 8,5 Prozent höher ausfielen als bei der konventionellen Vergleichsgruppe. Ökolandbau kann für bisher konventionell wirtschaftende Betrieben eine interessante Alternative sein. Im vergangenen Jahr ist in Niedersachsen die Zahl der nach EG-Öko-Verordnung wirtschaftenden Landwirte weiter um 44 oder 3,5 Prozent auf 1.286 gestiegen. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Niedersachsen lag zum Jahresende 2008 um 2,6 Prozent über dem Vorjahreswert und betrug 71.246 ha. An der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche stellte der Ökolandbau damit einen Anteil von 2,7 Prozent. Im Bundesdurchschnitt erreichte er Mitte 2009 mit 5,4 Prozent einen doppelt so hohen Anteil an der Gesamtnutzfläche.

Die Ernte 2009 ist bei den niedersächsischen Bio-Betrieben im Schnitt sowohl quantitativ als auch



qualitativ sehr zufriedenstellend ausgefallen, zum Teil wurden überdurchschnittliche Erntemengen erzielt. Von dem damit verbundenen Preisdruck blieben nur diejenigen Landwirte weitgehend verschont, die stabile Lieferbeziehungen zu ihren Abnehmern - möglichst direkt zum Endkunden - aufgebaut haben. Außerdem zahlt sich die Verbandzugehörigkeit aus: Nach Aussagen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ist es bei diesen Bedingungen schwierig, Abnehmer für Ware zu finden, die nur nach den Bestimmungen der EU-Öko-Verordnung erzeugt wurde.

Mit der zunehmenden Anzahl an Biobetrieben ist auch die Bedeutung des Ökolandbaus in der Arbeit des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und des Landvolkes Niedersachsen gestiegen. Viele Bio-Erzeuger sind neben der Mitgliedschaft in einem Anbauverband zusätzlich im Landvolk Niedersachsen organisiert und profitieren damit wie ihre konventionellen Berufskollegen von den Dienstleistungen des Berufsstandes und dessen politischer Arbeit. DBV und Landesbauernverbände verfolgen daneben Aufgaben und Ziele speziell für ökologisch wirtschaftende Betriebe.

Das Landvolk Niedersachsen ist durch seinen Sitz im Beirat des KÖN (Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen) und im Ökolandbau-Rat Niedersachsen sowie durch die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium und der hiesigen Landwirtschaftskammer in das „Netz“ des Ökolandbaus in Niedersachsen eingebunden. Die 2008 gegründete Arbeitsgruppe Ökolandbau mit 19 ökologisch wirtschaftenden Mitglieder aus den Bezirken hat 2009 drei Mal getagt. Schwerpunktthemen waren die Förderung des Ökolandbaus, die neue EU-Öko-Verordnung und die Problematik des Kupfereinsatzes. Die För-



dersätze für den Ökolandbau sind in Niedersachsen niedriger als in den meisten anderen Bundesländern, auch die Möglichkeit zur Förderung des Leguminosenanbaues wird voraussichtlich nicht umgesetzt. Beides kritisiert die Arbeitsgemeinschaft. Sie befürwortet grundsätzlich die neue EU-Öko-Verordnung, die ab 2012 eine Verpflichtung zur generellen Öko-Fütterung auch bei Schweinen und Geflügel vorschlägt. Unter den bisherigen Rahmenbedingungen wird die Umsetzung allerdings als nur sehr schwer möglich eingestuft. Zu diesem Themenkomplex sowie Alternativen zum Kupfereinsatz fehlen aussagekräftige, aktuelle Forschungsergebnisse, bemängelt die Arbeitsgruppe. Um Abhilfe zu schaffen, hat sie im Landvolk-Vorstand einen Beschlussvorlage mit der Forderung nach einer Intensivierung der Agrarforschung eingebracht. Die Forschungsbereiche sollen u. a. auf die Erzeugung ökologischer Eiweißfutterkomponenten, die Optimierung von Fütterungstechniken und Alternativen für den Einsatz von Kupfer als Pflanzenschutzmittel ausgerichtet sein. Der Vorstand des Landvolkes Niedersachsen hat diese Forderungen an Landwirtschaftsminister Heiner Ehlen sowie den DBV gerichtet. Beide haben Unterstützung zugesichert.

Die Landvolk-Arbeitsgruppe ist mit zwei Mitgliedern im DBV-Fachausschuss Ökolandbau vertreten, wodurch ein konstruktiver Informations- und Meinungsaustausch zwischen Bundes- und Landesebene erfolgt. Der DBV-Fachausschuss hat in diesem Jahr ein Grundsatzpapier und eine Informationsbroschüre zum Ökolandbau erarbeitet. Diese Unterlagen sollen spätestens zur Grünen Woche 2010 zur Verfügung stehen. Sie sind als Informations- und Diskussionsgrundlage für die Kreisverbände sowie zur Weitergabe an interessierte Mitglieder vorgesehen, um das Thema Ökolandbau auf der Verbandsebene noch besser zu verankern.

Immer mehr Bio-Produkte werden aus dem Ausland importiert.